

INHALT

SEITE 1

GESCHICHTE SICHTBAR MACHEN

Projekt zu 50 Jahre Arbeitsmigration nach Deutschland

NEUER AUSSIEDLER-BEAUFTRAGTER

Hans-Peter Kemper Nachfolger von Jochen Welt

ZAHLENWERK

Zuzug jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion

SEITE 2

VERTRAUEN, DASS VERDIENT WERDEN MUSS

Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

RELIGION UND DISKRIMINIERUNG

Info-Brief der Arbeitsgruppe Gleichbehandlung

HOCH QUALIFIZIERT UND ARBEITSLOS

Jüdische Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt

DAS CDU-LEID: KULTUR

Union zur Migrationspolitik

SEITE 3

GUTACHTEN DES ZUWANDERUNGSRATES

Fachkonferenz des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung

PRO ASYL

Bleiberechtskampagne „Hiergeblieben!“

FEIERTAGE

SEITE 4

WO ZUKUNFT SICH BILDET

Kommentar von Dr. Dieter Eich, Geschäftsführer des DGB Bildungswerkes

GESCHICHTE SICHTBAR MACHEN

Projekt zu 50 Jahre Arbeitsmigration nach Deutschland

Wenn es nach dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und dem Vorsitzenden des DGB Bildungswerks Dietmar Hexel geht, werden in Privathaushalten, Unternehmen, Vereinen oder anderen Institutionen von nun an Keller und Speicher durchstöbert und lang nicht mehr sortierte Ecken von Schränken ausgeräumt. Die beiden Gewerkschafter haben dazu aufgerufen, nach Erinnerungsstücken, die in Zusammenhang mit der Arbeitsmigration nach Deutschland stehen, zu suchen. Anlass für den Aufruf „Geschichte sichtbar machen“ ist das Projekt „50 Jahre Integration in die Arbeitswelt“, das das Kompetenzzentrum Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk für 2005 initiiert.

1955 wurde das erste deutsch-italienische Anwerbeabkommen geschlossen, mit dem die Arbeitsmigration begann. Das Datum bietet einen Ausgangspunkt für eine breit angelegte Dokumentation der Integration von Migrantinnen und Migranten in die Arbeitswelt von 1955 bis heute. Dabei wird auch die Rolle der beteiligten Akteure – Bundesregierung, Arbeitgeber, Gewerkschaften und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – untersucht.

Das Projekt lebt von den Erinnerungen der Beteiligten und jenen oft unscheinbaren Gegenständen, an denen sich diese Erinnerungen festmachen. Neben interessanten Lebensgeschichten oder Anekdoten sind dies persönliche Erinnerungsstücke wie Fotos oder Arbeitsverträge, offizielle Dokumente, etwa Plakate und Aushänge

vom schwarzen Brett. Die Liste lässt sich natürlich fast endlos verlängern.

Die Erinnerungsstücke (oder eine Kopie davon) werden vom DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung sachgerecht archiviert.

Im Rahmen des Projekts findet eine Tagung statt, und eine Wanderausstellung wird durch das Land ziehen. Dazu gibt es einen entsprechenden Katalog und auch pädagogisch aufbereitete Unterrichtseinheiten.

Wer dazu beitragen kann und möchte, dass Geschichte sichtbar wird, sollte sich beim Bereich Migration & Qualifizierung melden.

Telefon 02 11/43 01-1 96
Telefax 02 11/43 01-1 34

NEUER AUSSIEDLER-BEAUFTRAGTER

Hans-Peter Kemper Nachfolger von Jochen Welt

Am 17. Nov. 2004 hat das Bundeskabinett auf Vorschlag von Bundesinnenminister Otto Schily den Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Kemper zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Kemper tritt damit die Nachfolge von Jochen Welt an, der bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zum Landrat des Kreises Recklinghausen gewählt worden war.

Der 60-jährige Kemper, von Beruf Polizeibeamter, gehört seit 1993 dem Deutschen Bundestag an. Er ist Mitglied des Innenausschusses sowie des Ältestenrates. Außerdem ist er Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der SPD-Bundestagsfraktion.

ZAHLENWERK

Zuzug jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion

1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
16.597	8.811	15.184	15.959	19.437	17.788	18.205	16.538	16.711	19.262	15.442

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Seit 1991 können jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion auf Grund eines Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und

der Länder vom Dezember 1991 in einem geregelten Verfahren dauerhaft nach Deutschland einreisen. Seit 1993 ist das BAMF bzw. dessen

Vorläufer für das Aufnahmeverfahren zuständig. Seither wird auch erst der tatsächliche Zuzug erfasst (siehe auch Seite 2)

Es ist nicht zu übersehen: Mit dieser Ausgabe erscheint „Forum Migration“ in neuem Outfit oder Layout, wie es im Fachjargon heißt. Wir hoffen, dass es unseren LeserInnen genauso gefällt wie uns.

Ab Januar kann das Forum Migration auch als E-Mail-Newsletter abonniert werden. Wir würden uns freuen, wenn alle, die einen Internetzugang haben, diese Möglichkeit nutzen.

■ **Bestellung unter:**
www.migration-online.de/aboletter.html

VERTRAUEN, DAS VERDIENT WERDEN MUSS

Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Die Meldungen sind meist klein und eher selten: eine neue jüdische Gemeinde wurde gegründet, eine Synagoge eingeweiht. Aber es gibt diese Meldungen in Deutschland. Es gibt jüdisches Leben hier. Das Anwachsen der Mitglieder in den jüdischen Gemeinden ist fast ausschließlich auf den Zuzug von Jüdinnen und Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zurückzuführen. Seit Beginn der 1990er Jahre sind rund 180.000 gekommen, knapp die Hälfte wurde Mitglied in den Gemeinden.

1991 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossen, jüdischen Migrantinnen und Migranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in einem geregelten Verfahren die dauerhafte Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Dass 180.000 die Möglichkeit wahrgenommen haben, sollte durchaus als markantes historisches Ereignis wahrgenommen werden. Es ist eine Art Vertrauensbe-

weis. Das Vertrauen muss freilich täglich neu erworben werden. Dabei geht es nicht allein um ein Zurückdrängen des Rechtsradikalismus, dem Antisemitismus immanent ist, sondern auch darum, dem Antisemitismus zu begegnen, der sich hinter gut bürgerlichen Fassaden in der Mitte der Gesellschaft eingenistet hat oder auch neu einnistet.

Eine andere Seite der Entwicklung: Die jüdischen Zuwanderer stehen vor denselben Schwierigkeiten wie andere Migrantinnen und Migranten auch. Wie gelingt die Integration in die Arbeitswelt, wenn im Herkunftsland erworbene Qualifikationen nicht anerkannt werden? Wie gelingt die Integration in das alltägliche Leben? Mit solchen Fragen sind auch die jüdischen Gemeinden konfrontiert, die einerseits Hilfestellung bei der Integration leisten, andererseits selbst aufgewirbelt werden. Die Alteingesessenen sind plötzlich in der Minderheit und es gibt Missverständnisse auf Grund der unterschiedlichen Sozialisation in völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen.

HOCH QUALIFIZIERT UND ARBEITSLOS

Jüdische Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt

Das Zentrum für Weiterbildung (ZfW) der Universität Dortmund betreibt seit mehreren Jahren Forschungen zu Integration von Flüchtlingen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das Projekt „Migration russischer Juden“ untersuchte die Zuwanderung jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nach NRW.

Ein großer Teil (zwischen 65 und 80 Prozent) sind akademisch ausgebildet. Somit ist ihre berufliche und wissenschaftliche Ausbildung nach Aussage des Forschungsberichtes „exzellent“. Jedoch gestaltet sich die berufliche Eingliederung dieses Personenkreises in den Arbeitsmarkt als äußerst schwierig. Häufig werden die erworbenen Qualifikationen als nicht gleichwertig mit deutschen Abschlüssen anerkannt. Die Folge sind berufliche Umorientierung und beruflicher Abstieg. Paradoxerweise ist deshalb ein Großteil der rus-

sisch-jüdischen Kontingentflüchtlinge auf Sozialhilfe angewiesen. Im Herkunftsland lebten 98 Prozent dieser Flüchtlingsgruppe in Städten. Es ist somit nicht weiter verwunderlich, dass ihre bevorzugten Siedlungsgebiete in den nordrhein-westfälischen Großstädten Köln, Düsseldorf und Dortmund liegen.

Im Zentrum der Forschungsarbeit steht die Möglichkeit der verbesserten beruflichen Integration: Die mitgebrachten Kompetenzen müssten aufgegriffen und für die „aufnehmende Gesellschaft ebenso wie für die Immigranten selbst nutzbar und produktiv“ gemacht werden.

Die Studie wurde als Buch unter dem Titel: „Hoch qualifiziert und arbeitslos – Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen – Problemaspekte ihrer beruflichen Integration. Eine empirische Studie“, beim Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002, veröffentlicht. Die Autoren sind Sabine Gruber und Harald Rübler.

RELIGION UND DISKRIMINIERUNG

Info-Brief der Arbeitsgruppe Gleichbehandlung

„Der Info-Brief kann und will nicht aktuelle Debatten oder Ereignisse dokumentieren oder kommentieren.“ So heißt es im Editorial des Info-Briefs Nr. 5, der von der Arbeitsgruppe Gleichbehandlung des Forums gegen Rassismus (ein Gesprächsforum von Bundesregierung und überregionalen Nichtregierungsorganisationen) herausgegeben wurde. Gleichwohl ist der Inhalt des Info-Briefs hochaktuell.

Aufgabe der Arbeitsgruppe Gleichbehandlung ist es, über die Inhalte der EU-Richtlinien zum Thema Antidiskriminierung zu informieren und deren Umsetzung in nationales Recht zu beobachten und darüber zu berichten. Im Info-Brief Nr. 5 geht es um das Diskriminierungsverbot auf Grund von Religion oder Weltanschauung, das in der Richtlinie zu Gleichberechtigung in Beschäftigung und Beruf (78/2000/EG) festgelegt ist.

Vorgestellt werden zunächst Aussagen von zwei Verfassungsorganen. Das ist der (damalige) Bundespräsident Johannes Rau mit seiner Rede zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing, der bis heute ein Vorbild für religiöse Toleranz ist. Das zweite Verfassungsorgan, das vorgestellt wird, ist das Bundesverfassungsgericht mit seinem so genannten Kopftuch-Urteil vom September 2003.

Andere Beiträge befassen sich mit konkreten Diskriminierungsfällen wegen religiöser Zugehörigkeit, in diesem Fall zum Islam. Dokumentiert



werden auch die Beiträge eines Workshops zu den Antidiskriminierungsrichtlinien, der gemeinsam von der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem Kompetenzzentrum Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk durchgeführt wurde. Neben weiteren Texten und Kurzmitteilungen gibt es einen Blick auf die Antidiskriminierungsgesetzgebung in den Niederlanden.

Der Info-Brief dokumentiert und kommentiert keine aktuellen Ereignisse – das ist richtig. Wer aktuelle Ereignisse kommentieren oder bei deren Bewertung mitreden möchte, sollte vorher den Info-Brief lesen. Das gilt auch für die Politik – nach allen Seiten und bis ganz oben.

Der Info-Brief Nr. 5 der Arbeitsgruppe Gleichbehandlung des Forums gegen Rassismus kann auf der Internetseite der Integrationsbeauftragten heruntergeladen werden: www.integrationsbeauftragte.de

DAS CDU-LEID: KULTUR

Union zur Migrationspolitik

Als „alten Wein in neuen Schläuchen“ bewertet das Referat Migrationspolitik die migrationspolitischen Forderungen des CDU-Parteitag am 6./7. Dezember in Düsseldorf. In einer Stellungnahme werden die Grundsatzrede der CDU-Vorsitzenden und der Antrag des Bundesvorstands zur Integrationspolitik kommentiert.

Mit ihrer Position – so der DGB – trage „die CDU selbst zu einer Abgrenzung von Migrantinnen und Mig-

ranten gegenüber der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bei. Auch Heiner Geißler sieht erhebliche Gefahren bei der Verwendung des Begriffs der Leitkultur. Er impliziere – worauf Paul Spiegel schon im November 2000 hinwies – eine Hierarchisierung der Kulturen“.

Die Stellungnahme des DGB sowie die Rede von Angela Merkel und der Antrag des CDU-Bundesvorstands können im Internet eingesehen und heruntergeladen werden unter: www.migration-online.de/cduparteitag

GUTACHTEN DES ZUWANDERUNGSRATES

Fachkonferenz des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedfertig, fruchtbar, gegenseitig tolerant – dies sind zentrale Kriterien für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderer im Umgang miteinander, oder sollten es zumindest sein. So Rita Süßmuth, Vorsitzende des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration auf einer gemeinsamen Fachkonferenz des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. November 2004 in Berlin. Diskutiert wurde das Jahresgutachten des Sachverständigenrats, das wenige Tage zuvor der Öffentlichkeit übergeben worden war. Neben Süßmuth diskutierten noch zwei weitere Mitglieder des Rats,

nämlich der Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osna-brück, Klaus J. Bade und Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB. Auch ansonsten war das Podium hochkarätig besetzt: Lale Akgün, Europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Herbert Mai, Vorstandsmitglied der Fraport AG, Frankfurt/Main und Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Wenn es um Migrationspolitik gehe, darin bestand Einigkeit auf dem Podium, dürfe dies nicht auf Integration beschränkt werden, so wichtig dies sei.

Ebenso müssen klare Regelungen für eine Zuwanderung geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wurde begründet, warum der Sachverständigenrat für das Jahr 2005 ein Kontingent von 25.000 Arbeitskräften mit speziellen Qualifikationen für eine Zuwanderung vorschlägt. Dieser Vorschlag für eine mögliche „Engpasszuwanderung“ basiert auf Auswertungen der Statistiken über fehlende Beschäftigte in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Da aber die Erhebung der Statistik immer einige Zeit zurückliegt, sollen nur diejenigen einwandern, die einen Arbeitsvertrag vorweisen können.

Solche Vorschläge gehören durchaus zum Arbeitsfeld des Zuwanderungsrates, der von Bundesinnenminister

Otto Schily im April 2003 eingesetzt wurde. Die Aufgabe des Rates ist laut Bericht, „die aktuelle Zuwanderung nach Deutschland in ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt einzuschätzen“. Daneben soll der Rat die Entwicklung der Integration von Zuwanderern beurteilen und die Aufnahme- und Integrationskapazitäten der BRD analysieren. Dazu gehören dann eben auch Empfehlungen, die die Politik annehmen oder verwerfen kann.

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration steht als Download bereit unter: www.bafl.de/template/zuwanderungsrat/content_zuwanderungsrat_gutachten.htm

PRO ASYL

Bleiberechtskampagne „Hiergeblieben!“

Im Oktober letzten Jahres hat der Förderverein Pro Asyl die Broschüre „Hiergeblieben!“ zur Bleiberechtskampagne für langjährig geduldete Flüchtlinge veröffentlicht. Die zentrale Forderung ist die Abschaffung der so genannten Kettenuldung. Dies wollte auch die Bundesregierung. Im Mai 2004 erklärte Bundesinnenminister Otto Schily zum neuen Zuwanderungsgesetz: „Im humanitären Bereich werden Kettenduldungen abgeschafft.“ Dass er sein Wort nicht halten konnte, lag nicht zuletzt an den niemals endenden Nachforderungen der CDU/CSU im Vermittlungsausschuss.

Aktuell leben 217.000 Geduldete in Deutschland, ein Großteil (98.000) stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Auf den Plätzen zwei und drei folgen türkische Staatsangehörige (14.000), sowie jeweils rund 8.000 Menschen vietnamesischer und afghanischer Herkunft. Hinter diesen Zahlen verstecken sich viele Einzelschicksale, wie beispielsweise, das der 23-jährigen Valdete Tusha, einer Albanerin aus Mazedonien: Sie lebt in Deutschland, seit sie neun Jahre alt ist, seit dreizehn Jahren ist sie geduldet. Ihre Eltern sind nach achtjährigem Aufenthalt unter dem Druck der Ausländerbehörde „freiwillig“ ausgereist. Valdete beendete ihre Ausbildung als Krankenschwester und arbeitet derzeit in einem befristeten

Beschäftigungsverhältnis. Mit einem Aufsatz, in dem sie ihr Leben erzählt, gewann sie den Förderpreis für politische Bildung des Landtags Baden-Württemberg. Ihre Lebensgeschichte ist eine Auszeichnung wert, für ein Bleiberecht reicht es, nach Auffassung der Behörden, jedoch nicht. Dieses und andere Schicksale sorgten für ein breites Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, die sich für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht langfristig in Deutschland geduldeter Menschen einsetzt.

Die Kettenduldung ist eine Politik der Desintegration. Nach Meinung von Pro Asyl sind „Flüchtlinge, die eine Duldung besitzen, weitgehend rechtlos und leben vielfach unter erniedrigenden Bedingungen. Prinzipiell von Abschiebung bedroht, verbringen viele in Deutschland eine lange Zeit, oftmals sogar den Großteil ihres Lebens.“ Dies bedeutet: Nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und keinen Anspruch auf eine Wohnung.

Auch mit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes, das Anfang Januar 2005 in Kraft trat, ist keine Altfallregelung, wie sie beispielsweise die Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten im Mai 2002 forderte, geplant. „Behörden, Gerichte und Härtefallkommissionen werden sich mit den Hoffnungen von zehntausen-

den Menschen auseinander zu setzen haben“, prophezeit Pro Asyl – eine Überlastung der Behörden ist abzusehen. Deshalb fordert Pro Asyl eine „großzügige und unbürokratische“ Bleiberechtsregelung, um eine „humane und pragmatische“ Lösung für die vielen „Altfälle“ zu erreichen.

Hiergeblieben! Recht auf Bleiberecht. Fakten, Hintergründe, Forderungen
Bestelladresse:
Förderverein Pro Asyl
Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt/Main
70 Cent Schutzgebühr (bei Abnahme größerer Mengen Rabatt)

Weitere Informationen erhält man unter www.proasyl.de.
Kontakt:
Telefon: 0 69/23 06 88
Telefax: 0 69/23 06 50
E-Mail: proasyl@proasyl.de



FEIERTAGE



Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im Januar begangen. All jenen, die feiern, wünschen wir alles Gute.

14.01.–15.01. Pongalfest; hauptsächlich Tamliden

Das Pongalfest ist das hinduistische Erntedankfest (benannt nach einem süßen Reisgericht). Die Häuser werden gereinigt und renoviert, die Familie bekommt neue Kleider.

21.01.–24.01. Opferfest

Das Opferfest ist ein bedeutsames islamisches Fest, das am Ende des Fastenmonats (am Ende der „Hadsch“ – Wallfahrt nach Mekka) begangen wird. Es soll an die Bereitschaft Abrahams erinnern, einen seiner Söhne zu opfern. Welcher Sohn, Isaak oder Ismael, geopfert werden sollte wird im Koran jedoch nicht explizit erwähnt.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern:
Frohes neues Jahr.
Felice Anno Nuovo.
Bonne Année.
Happy New Year.
Feliz Año Nuevo.
Gelukkig Nieuwjaar.
Godt Nytt Aar.
Szczesliwego Nowego Roku.
Yeni Yiliniz Kutlu Olsun.

FORUM MIGRATION 1

WO ZUKUNFT SICH BILDET

KOMMENTAR

Dr. Dieter Eich, Geschäftsführer des DGB Bildungswerkes

„Es ist klarer als der Tag, Organisationen ohne Erneuerung sind nicht von Dauer,“ dieses Zitat ist von 1498 und stammt von Nicola Machiavelli. Die Erkenntnis, dass Veränderungsprozesse dringend notwendig sind, ist bereits ein alter Hut und dürfte den meisten Akteuren bewusst sein. Sehr viel tief greifender ist die Erkenntnis, dass aber auch ein gut formulierter Strategieprozess im Sande verläuft. Fast ein Drittel aller Unternehmen des Mittelstandes versuchen, die sich ständig verändernden Anforderungen mit einem Strategieprozess Zukunft bewahrend zu steuern. Aber nur zwei von zehn Unternehmen, so VW Coaching in einer Analyse, schaffen ihn auch.

Was heißt das für das Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes? Die politischen Anforderungen an uns entstehen im Kontext einer ständig sich weiter globalisierenden Welt und der Frage, wie wir darin die Interessen der Gewerkschaften und deren Mitglieder bildungspolitisch wirkungsvoller vertreten und die daraus resultierenden Anforderungen organisationspolitisch noch effektiver einlösen. Wie können wir politisch effizienter und gleichzeitig wesentlich attraktiver werden, um unseren Stellenwert in der Organisation weiter auszubauen? Die daraus wachsenden Umbrüche fordern eine tief greifende Umorientierung der gewerkschaftlichen Bildung. Wir brauchen eine umfassende Neustrukturierung der Bildungsarbeit, modularisierte Angebote mit Zertifikaten und die ständige Aktualisierung der erforderlichen Angebote für die Arbeit der Betriebsräte.

Umbrüche sind aber auch immer fruchtbare Zeiten für strategische Entwicklungen. Kein Zeitpunkt ist besser geeignet, um unsere Wirklichkeit neu zu konstruieren. Deshalb haben wir die Strategie 2008 aufgelegt – mit intensiver Beteiligung aller Mitarbeiten-

den. Nur so lassen sich unser gemeinsames Wissen, unsere Überzeugungen und Wertvorstellungen wirksam in den Prozess involvieren und auf eine gemeinsame Entwicklung ausrichten. Die Devise lautet „Weg vom Kuchen hin zur Bäckerei“.

Welche Vision brauchen wir dafür? Mit welchen Produkten, mit welchen Bereichen, mit welchen Aufgabenfeldern, mit welchem Umsatz, mit welchem Kapitaleinsatz wollen wir in Erfüllung dieser Anforderungen unsere Zukunft gestalten? Von gleicher Bedeutung wie die Kundenbindung ist deren kontinuierliche Neugewinnung. Haben wir dafür die notwendigen Kompetenzen, die ausreichende Qualifizierung? Sind wir kreativ genug? Ich glaube wir haben gemeinsam die Antwort gefunden und deshalb ändert sich natürlich auch unser Auftreten in der Öffentlichkeit.

Ein Beispiel für diesen Prozess ist die Arbeit des Kompetenzzentrums Migration und Qualifizierung. Es richtet sich an die Migrationscommunity, die sich als Betroffene – egal welchen Rechtsstatus –, als Interessierte und als professionelle Mitarbeitende mit dem breiten Querschnittsthema Migration beschäftigen. Es ist ein offenes Angebot, für alle Akteure in der Migrationsarbeit. Es führt Menschen unterschiedlichster kultureller, sozialer und religiöser Herkunft zusammen, schafft eine Plattform für Lernen, miteinander Streiten und gemeinsames Handeln ausgerichtet an dem Ziel des gleichberechtigten Zusammenlebens und -arbeitens aller Menschen.

BIB ist das Zauberwort. Bildung, Information und Beratung werden von Kompetenzteams bearbeitet: Integration und Arbeitswelt, berufliche Integration, Recht, Europa, Praxis Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz.

Umgesetzt wird dies von einem interdisziplinären interkulturellen Team verschiedenster Nationalitäten, Sprachen und beruflicher Qualifikationen.

Dazu kommen Projekte:

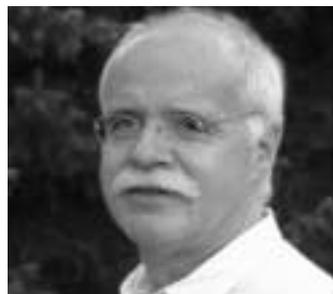
- „Versus“ zur beruflichen Integration von italienischstämmigen Menschen in Deutschland, „Orientierungskurse“ mit einem Curriculum als Teil der Integrationskurse entsprechend dem neuen Zuwanderungsgesetz,
- „50 Jahre Einwanderung“ mit der Sammlung von Zeitzeugeninterviews der jüngeren Migrationsgeschichte.

Durch das ISO-Qualitätsmanagement, interne und externe Evaluation und der Beteiligung an Zertifizierungsprozessen werden die Standards der Ergebnisse und Produkte verbessert.

Neben Bildungsangeboten wie Seminaren, Workshops, Tagungen und Trainings werden Beratung und Information geboten: Die Informationsplattform www.migration-online.de, die Schriftenreihe *Migration und Arbeitswelt*, die Newsletter „Forum Migration“, „Akzeptanz: Europa“, „Aktiv und gleichberechtigt“.

Und nicht zuletzt versteht sich das Kompetenzzentrum als Promoter aktiver Arbeit für gleichberechtigtes Zusammenleben: mit einer Datenbank guter Beispiele aus der Arbeitswelt, einem Filmverleih mit vielen Anregungen für Veranstaltungen und öffentlichen Debatten.

Migration und Qualifizierung mit dem Alleinstellungsmerkmal *Arbeitswelt* beteiligt sich an Diskursen in der Gesellschaft, benennt Konflikte in einem Zuwanderungsland, führt sie auf der Basis der Grundwerte der Menschenrechte konstruktiven Lösungen zu: damit sich Zukunft in einer globalen Welt im Einwanderungsland Deutschland in der EU bildet.



GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB

Werbe- und Versand-Service GmbH
Huissener Straße 7–9

47533 Kleve

Telefax 0 28 21/72 18-25

E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk

Kompetenzzentrum

Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 88

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de